KTM Haacke trug vor, da der Antrag in der vorliegenden Form nicht selbsterklärend sei und nicht nachvollzogen werden könne, worauf dieser letztlich abziele, könne seine Fraktion diesem nicht ohne Weiteres zustimmen. Beispielsweise gehe aus dem Antrag nicht hervor, welchem Bereich (gesundheitlich oder sozial) die soziale Selbsthilfe zuzuordnen sei, sodass eine kurze Vorstellung des Antragstellers im Vorfeld wünschenswert gewesen wäre. Insofern halte er ein Gespräch zwischen dem Paritätischen und der Verwaltung für sinnvoll, um zunächst einen konkreten Rahmen besprechen und das Anliegen anschließend tiefergehend im Ausschuss beraten zu können.

KTM Schmitz schloss sich den Ausführungen seines Vorredners an, wobei er gleichzeitig auf die Abgrenzungsproblematik aufmerksam machte. Neben dem vorliegenden Antrag existiere ein artverwandter, umfangreicherer Antrag des Paritätischen, der in der kommenden Sitzung des Ausschusses für Inklusion und Gesundheit am Montag beraten werde. Darüber hinaus sei er der Auffassung, dass bestehende Defizite, die der Bundesgesetzgeber nicht behebe, nicht regelmäßig auf kommunaler Ebene mit Kreismitteln kompensiert werden sollten. Insofern teile seine Fraktion die ablehnende Haltung seines Vorredners.

SkB Eichner schilderte, seine Fraktion habe den Antragsteller in die Geschäftsstelle eingeladen, sodass ihnen die soziale Problematik verdeutlicht worden sei. Im gesundheitlichen Bereich sei es bereits gängige Praxis, Menschen mit ähnlichen Problemlagen zusammenzuführen, sodass dies auch im sozialen Bereich sinnvoll wäre. Insofern befürworte er den Antrag und appellierte an den Ausschuss, sich ihm anzuschließen.

Hinsichtlich des vom KTM Schmitz erwähnten artverwandten Antrages erläuterte Herr Grünhage, am kommenden Montag werde im Ausschuss für Inklusion und Gesundheit ein weiterer Antrag des Paritätischen beraten, der die Selbsthilfe-Kontaktstelle zum Gegenstand habe und eine deutlich höhere Antragssumme vorsehe. Unabhängig hiervon sehe er kein Problem darin, wenn sich Verwaltung und Paritätischer beständig austauschen. Er regte an, den Paritätischen in eine der kommenden Sitzungen einzuladen, sodass die Vorsitzende nachfragte, ob dies die ablehnende Haltung einzelner Ausschussmitglieder positiv beeinflussen könnte. Die Mehrheit sprach sich dafür aus, den Antragsteller unabhängig von den Haushaltsberatungen in eine der kommenden Sitzungen einzuladen.

Hiernach gab die Vorsitzende den Antrag zur Abstimmung frei. Der Ausschuss fasste sodann folgenden Beschluss: